

Saale-Zeitung.

Wachstumsberichtigter Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 getheilte Kolonienstelle oder deren Raum mit 60 Wg. berechnet und in unseren Anzeigenstellen und allen Anzeigen-Gebühren angenommen. Restante die Seite 1 Wg. Schluss der Interimnahme. vom 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.

Erachtet sich permal. Sonntags und Montags einmal.

Schrittsetzung und Raum-Gebühren: Halle, Gr. Brauburgstraße 17; Nebengebäude: Markt 24.

Bezugspreis

Die Halle wird überführt bei zweimaliger Bezahlung 2,50 Wg. und die Post 1,25 Wg. wöchentlich. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Um amtlichen Zeitungs-Bestellungen unter „Saale-Zeitung“ einzutragen, für amnestiert eingehende Korrespondenz wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Kostenempfang. „Saale-Ztg.“ gelistet.

Bezugspreis der Schriftleitung Nr. 1140 der Anzeigen-Abteilung Nr. 176, der Abonnements-Abteilung Nr. 1134.

Nr. 263.

Halle, Dienstag, den 9. Juni

1914.

Richter und Politik.

Auf dem Preussischen Richtertag, der vor einigen Tagen in Bielefeld abgehalten wurde, hat Amtsgerichtsrat A. D. Professor Dr. Bornhat-Berlin unter seine Zeitfuge aus folgenden aufgenommen: „Politische Betätigung des Richters ist mit seiner Unparteilichkeit nicht vereinbar.“ In der Begründung sprach er positiver davon, daß der Richter durch Sachkenntnis und Lebenserfahrung besonders geeignet zur politischen Betätigung, auch in den Parlamenten, sei. Allerdings fügte er hinzu, ob der Richter selbst daran hindere, sei eine andere Frage, denn das parteipolitische Niveau sinkt immer weiter hinab. Ferner erklärte er: Der Richter kann sich an jeder nicht staatsgefährlichen Partei beteiligen, natürlich in sachgemäßer Form. Der Hauptreferent hat also den Standpunkt vertreten, daß der Richter besonders geeignet zur politischen Betätigung ist, doch sei es wohl besser, wenn er sich der Parteipolitik enthalte. Tue er es dennoch, dann müsse es innerhalb einer „nicht staatsgefährlichen Partei“ und in sachlicher Form geschehen.

Weil weiter in seiner Abneigung gegen parteipolitische Betätigung ging Amtsgerichtsrat Rids-Berlin. Er würde es ansehend am liebsten sehen, wenn den Richtern gleich den Offizieren die Beteiligung an der Politik unterlag. Auch er forderte maßvolles Auftreten für den Fall, daß ein Richter sich dennoch politisch betätige, eine Forderung, die wir selbstverständlich unterschreiben. Aber er selber entfernte sich von einem maßvollen Auftreten, als er sagte, die Parteipolitik gefährde die Anschauungen des Richters, denn sie beruhe nicht auf Wahrheit und Gerechtigkeit. Merkwürdig berührt es auch, wenn Amtsgerichtsrat Rids fordert, daß die Richter sich nur in größeren Sämden und nur in Weirten, wo ihre Anschauungen mit der allgemein herrschenden übereinstimmen, politisch betätigen sollen.

Man erlieht aus diesen Anschauungen, daß der Redner das Wesen der Parteipolitik nicht erfasst hat. Aber daß ihm, wie die „Frei. Ztg.“ recht nett sagt, das Organ dafür, der nervus politicus, fehlt. Er weiß sicherlich, daß es die moralische Pflicht jedes Staatsbürgers ist, sich um die innere Politik seines Vaterlandes zu kümmern, von vielen Seiten wird ja deshalb sogar ein Wahlpflicht verlangt. Aber er folgert daraus nicht, daß gerade die Richter als unabhängige und gereifte Männer mit gutem Beispiel vorangehen müßten. Er scheint auch nicht zu wissen, daß es nicht zum Wesen des Politikers gehört, sich nur dort zu betätigen, wo es ohne Kampf geschieht, weil eben seine Anschauungen mit der herrschenden übereinstimmen. Das Wesen des wahren Politikers besteht doch gerade darin, für das, was er als Wahrheit und Gerechtigkeit erkannt hat, zu kämpfen, auch dort, wo er einer großen Zahl von Gegnern gegenübersteht. Nun meint gerade Amtsgerichtsrat Rids, die Parteipolitik betreue nicht auf Wahrheit und Gerechtigkeit. Wenn das auch auf einzelne Fälle zutreffen mag, so ist diese Verallgemeinerung nicht nur grundfalsch, sondern klingt aus dem Munde eines Richters höchst — sagen wir milde — subjektiv. Was ist Wahrheit? hat schon Sokrates gefragt. Auch mancher Richter wird dies nicht ohne weiteres ermitteln können. Wird aber in der Parteipolitik irgendwo gegen offenfundige Wahrheit und Gerechtigkeit gefehlt, dann treten eben die Politiker der andern Parteien dagegen auf. Wer die Ueberzeugung hat, daß die Parteipolitik nicht auf Wahrheit und Gerechtigkeit beruhe, müßte sich erst recht an der Politik beteiligen, um eine Besserung herbeizuführen.

Alles Menschliche ist unvollkommen, und es gibt sicherlich in einzelnen Fällen Richter, die beim besten Willen aus ihrer menschlichen Haut nicht herauskönnen und unbewußt ihre Sympathie und Antipathie beim Urteil misprechen lassen. Niemand wird daraus schließen, daß richterliche Urteilsverkündigungen nicht auf Wahrheit und Gerechtigkeit beruhen. Aber es ist — und darauf kommt es uns hier an — nicht erwiesen, daß jene Richter, die ihrer Sympathie oder Antipathie Raum gewähren, Parteipolitiker sind. Das Wahrscheinliche ist vielmehr, daß sie es nicht sind, sonst würden sie, da sie sich ihrer Befangenheit bewußt sind, mit peinlicher Gewissenhaftigkeit selbst prüfen und sich hüten, auch nur den Schein zu erwecken, als ob sie den Angeklagten deshalb scharfer anfaßen, weil er ein politischer Gegner ist. Ferner wird wir der Ansicht, daß ein unbewußtes Mitsprechen von Sympathie oder Antipathie bei politischen Prozessen dort so stark sein kann, wo der Richter nur oberflächlich mit der Parteipolitik Bescheid weiß; Mitratoren und Demagogen können ja erfahrungsgemäß mit ihren einseitigen Darstellungen nur dort Einfluß ausüben, wo das politische Verständnis mangelhaft ist. Diejenigen Richter, die sich eingehend mit Parteipolitik befassen, werden ganz von selbst die Gründe ihrer politischen Gegner prüfen und nicht in die Gefahr geraten, sich lediglich nach oberflächlichen Schilderungen anderer ein Urteil zu bilden.

Amtsgerichtsrat Rids brachte den Antrag ein, daß der preussische Richter mehr als bisher unter Vermeidung einseitiger Parteipolitik sich im öffentlichen und wirtschaftlichen

Leben beteiligen solle. Mit anderen Worten: er soll wohl öffentlich wirken, aber nicht als Politiker. Herr Rids gab auch noch direkt einen Fingerzeig, wie er die öffentliche Beteiligung aufgefäßt wissen will, indem der zweite Satz seines Antrages lautet: „Ein Mittel dazu ist auch die Mitarbeit im Preussischen Richterverein.“ Der Richtertag hat sich den Ausführungen Rids nicht zu eigen gemacht. Oberlandesgerichtsrat Freimuth-Samm meinte mit Recht, daß der Richter, wenn er sich nicht an der Politik beteiligen solle, das wichtigste Recht des Staatsbürgers aufgäbe. Was heiße denn einseitige Parteipolitik? Wie solle man denn Politik treiben ohne Parteipolitik? — Auch Landesgerichtsdirektor Freitag trat für ausgiebige politische Betätigung des Richters auch in parlamentarischen Körperchaften ein, ebenso mehrere andere Redner. Und schließlich wurde, mit Zustimmung und Beifall des Amtsgerichtsrats Rids, der noch während der Debatte anderer Ansicht geworden ist, der Antrag eingebracht und einstimmig angenommen:

„Der preussische Richter muß sich mehr als bisher im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben betätigen. Die Geschäftsverrichtungen der Richter in der Betätigung an kommunalen Körperchaften sind auszuheben.“

Satz zu gleicher Zeit hat auch der Heilsige Richterverein sich mit demselben Thema befaßt. Unter allgemeinem Beifall bedauerte Landgerichtsrat v. Wiffert, daß der Richterstand im öffentlichen Leben eine zu große Zurückhaltung übe, während er tatsächlich geeignet und berufen sei, auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens vermöge der großen Erfahrungen seiner Berufstätigkeit und auf Grund seiner pflichtmäßigen Gemohnheit zu strenger Sachlichkeit und Gerechtigkeit, eine leitende Rolle zu spielen. Hierbei dürfe auch die öffentliche, politische Tätigkeit grundfalsch nicht ausgeschlossen werden. Es sei ja zu verstehen, wenn der eine oder andere in dieser Beziehung Bedenken habe. Demgegenüber müßte aber vor allem darauf hingewiesen werden, daß der Richter doch a) auch ein Sohn seines Volkes sei und bleibe und als solcher Pflichten gegen Volk und Vaterland habe. Dazu gehöre auch die Politik. Nur müsse der Richter hierbei besonders darauf bedacht sein, in ruhiger, sachlicher Weise vorzugehen. — Oberstaatsanwalt Hofmann eruchte dann die Versammlung, den beifällig aufgenommenen Worten auch die Tat folgen zu lassen und sich danach zu richten.

Ein wahrer Mann muß auch politisch sein. Es wäre sehr schlimm, wenn der gedachte Stand der Richter erklären wollte: Wir stellen uns außerhalb der Politik und der Parteipolitik, weil wir uns nicht „herabziehen“ lassen wollen. Gerade der Richter ist, auch infolge seiner Unabhebbarkeit, seiner Unabhängigkeit nach jeder Richtung, besonders geeignet, gemäß seiner Ueberzeugung öffentlich zu wirken. Der Richterhand hat herbeizugewandte Parlamentarier gestellt. Im jetzigen Abgeordnetenhaus sitzen 42 Justizbeamte, im Reichstag haben wir 19 richterliche Beamte und 2 höhere Justizbeamte a. D. Wir glauben nicht, daß diese Persönlichkeiten irgendwo das Vertrauen als Richter verloren haben.

Die preussische Bevolzungsvorlage in der Kommission.

Die verklärte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gegen Montag vormittag die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Veränderung der Bevolzungordnung. Der Berichterstatter erklärte, im ersten Teile seiner Ausführungen an der Vorlage Kritik üben zu wollen, um eine Erklärung der Staatsregierung herbeizuführen, ob ihr irgendwelche Veränderung der Vorlage annehmbar eröigne. Die Aufbesserungen der Jahre 1890 und 1897 enthielten das vollständige System der geordneten Alterszulagen; diese vom Minister v. Miquel vorausgesetzte einbürtige Regelung sei durch die vollständige Erneuerung der Bevolzungordnung von 1909 umgebildet worden. Die grundfalsche Gleichheit zwischen denjenigen Kategorien im Reiche und in Preußen sei aber tatsächlich nicht durchgeführt worden; noch in den letzten Tagen seien Petitionen in dieser Richtung eingegangen. Die wachsende Differenzierung mit dem Reiche sei die wesentlichste Ursache der Unzufriedenheit bei den preussischen Beamten neben der weiteren Entwertung des Geldes und der Festhaltung des Wohnungsgebührens für viele Orte. Ob die Vereinfachung der Klassen überall von Nutzen gewesen sei, eröigne fraglich. Zur Vermeidung der Unzufriedenheit trage bei, daß den besondern Bedürfnissen linderreicher Familien keine Sorge zugewendet worden sei. Für die weitere Behandlung sei es von Wichtigkeit, zu wissen

wann die weitere Reform

der Bevolzungordnung, namentlich für die gebobenen Unterbeamten, erachtet werden könne. Dem in einer Resolution niedergelegten Wunsch des Reichstages betreffend Regelung der Gehaltsfrage für die gebobenen Unterbeamten bis zum 1. Januar 1916 habe die Reichsregierung zugestimmt. Die vorliegende Novelle betrefte zwar manche Parteien, jedoch wüßten jetzt manche höheren Klassen durch die nun ausgeübten überholt werden. Die zu erwartende Regelung im Reiche dürfe nicht zu Unförmigkeiten in Preußen führen, z. B. der Baukretäre gegenüber den Postbaukretären, gegen

die jene bei gleichen Leistungen erheblich zurückfänden. Der Berichterstatter schloß, alle geäußerten Wünsche der Beamtenschaft zu befriedigen, würde eine jährliche Erhöhung des Etats um 550 Millionen bedeuten, was unausführbar sei. Jedemfalls aber müsse eine völlige Gleichmäßigkeit zwischen dem Reiche und Preußen erstrebt werden. In einer zu verlesenden Resolution sollten der Staatsregierung grundfalsche Ermächtigungen für die spätere Reform an die Hand gegeben werden.

Der Finanzminister gab hierauf die Erklärung ab, daß jede Abänderung der Novelle nach gründlicher Ermüdung seitens der königlichen Staatsregierung unannehmbar sei, würde, da eine feste Umgrenzung unbedingte Notwendigkeit sei. Für die Berücksichtigung weitergehender Wünsche könne nicht ein Termin baldmöglichst in die Wege zu leiten. Die Innehaltung des vorhin genannten Termins (1. Januar 1916) werde auch von Preußen angestrebt werden, pari passu mit einer Regelung im Reiche. Ob indes dieser Termin eingehalten werden könne, sei jetzt mit Sicherheit noch nicht zu sagen. Auf jeden Fall würden die Gehälter der

gebobenen Unterbeamten vor 1918 geregelt werden, dieser Termin dürfte auch für eine weitere Bevolzungreform angestrebt werden.

Der Berichterstatter stellte fest, daß das Abgeordnetenhäus bisher grundfalsch daran festgehalten habe, über die von der Regierung vorgeschlagenen Ausgaben nicht hinauszuweichen. Die rückwirkende Kraft der neuen Bevolzungen vom 1. Januar 1914 an sei ja bereits von der Regierung in Aussicht gestellt.

Sodann wurde die zu vereinbarende Resolution näher behandelt; grundfalsch ist namentlich die Gewährung von Rindergulagen in Aussicht zu nehmen, eventuell durch Angleichung an den Wohnungsgebührensfuß. Die Berücksichtigung der ausgesprochenen Wünsche sei unter dem Gesichtspunkte des allgemeinen Landesinteresses zu prüfen.

Ein Regierungsvertreter erklärte, die Spannung zwischen den verschiedenen Klassen werde allerdings durch die Novelle verhöben, sei aber nicht als unabänderlich anzusehen. Die Einordnung der Navigationsführer und der Baukretäre sei guttugend erlogt, die Kategorie der Baukretäre werde später in die Banalassistenten und die der Regimentsbaukretäre zerlegt werden, also völlig verschwinden.

Auf die Ausführungen eines Zentrumstredners präzisierete der Finanzminister seine Erklärung noch einmal dahin, daß Preußen mit dem Reiche zugleich vorgehen wolle, er könne aber nicht versprechen, daß das im selben Jahre geschehe. Die Verweisung in eine andere Klasse sei keine Degradierung, das Gehalt bleibe ja dasselbe. Der Finanzminister verwies dann auf die Schwierigkeit, die die Bewilligung von

Zulagen an linderreiche Beamtenfamilien

mit sich bringen würde. Ihre Einführung würde einen vollständigen Bruch mit dem bestehenden System bedeuten, da nicht mehr die Leistung, sondern die persönlichen Verhältnisse, und nicht mehr Ansprüche des Amtes entscheidend wären. Das sei ein ungeheuer wichtiger Schritt, der wohl überlegt werden müsse. Der Gedanke an sich sei jampathisch, er würde die Bevolzung gleichsam verdeln. Die Einrichtung würde aber auch auf die Staatsarbeiter und auf die Arbeiter der Privatindustrie zurückwirken. Die Frage sei noch nicht prudenziell. Sollte man in Preußen die Kinderzulagen nach dem ungarischen Muster einführen, wo sie für aber Beamte 200 bis 600 Kronen, für untere Beamte 100 bis 300 Kronen betragen, so würde das einen Aufwands von 60 561 000 Mark erfordern. Die Stellung der Beamten zu den Kinderzulagen sei vielfach abnehmend, da sie befürchten, daß das Grundgehalt dadurch leiden könnte, die Zulage nicht penfionsberechtigt wäre und wegfiel, wenn die Beamten ein höheres Alter erreicht hätten.

Ein Regierungskommissar gab dann nähere Daten aus einer Statistik, die am 1. Oktober 1913 über alle Beamte, auch die noch nicht etatsmäßig angestellten, aufgemacht worden ist. Das Resultat sei sehr erfreulich. In Preußen seien nur 9,4 Proz. der Beamten ledig, davon 8,14 Proz. ohne Sauschaft; von den Unterbeamten seien nur 4,36 Proz. ledig. Von den verheirateten seien 12,27 Proz. ohne Kinder, 45,75 Proz. haben mehr als zwei Kinder; bei den Unterbeamten sind es 49,74 Prozent. Im Durchschnitt kämen 2,7 Kinder auf jeden verheirateten Beamten. Von verschiedenen Seiten wurde bedauert, daß die Regierung keinen bestimmten Zeitpunkt für eine weitere Bevolzungreform in Aussicht stellen könne und jede Veränderung der Vorlage absehe.

Ein Volksparteier erklärte, nach den Ausführungen des Finanzministers könnten seine Freunde eine Resolution aufnehmen, wenn darin ein bestimmter Zeitpunkt festgelegt würde. Verschiedene Ressorts hätten sich lebhaft für die Aufbesserung der gebobenen Unterbeamten interessiert. Die dafür erforderlichen

9 bis 10 Millionen

wären bei der Finanzlage Preußens wohl ohne Schwierigkeiten aufzubringen. Die Zustimmung unter den gebobenen Unterbeamten dürfe nicht länger anhalten. Gegen die Erhebungsausgabe hätten sich sämtliche Organisationen der Beamten ausgesprochen, entweder direkt oder indem sie die Frage als noch nicht prudenziell bezeichneten. Die Regelung der Anfangsgehälter, die Abfindung der Austrittsamtzeit, die möglichst frühestmögliche etatsmäßige Anstellung seien das bestmögliche Mittel, um die mit den Kinderzulagen verfolgten Ziele zu erreichen. Die persönlichen Verhältnisse können man bei der Festsetzung des Wohnungsgeldes berücksichtigen.

Ein Konservativer erkannte eine Revision des Bevolzungsgesetzes ebenfalls als notwendig an. Es komme nicht

Kretschmer und Aug. Rasmussen-Wanzen. Das Fest ...

6. Juni. (Kreuzerschützenfest.) Das diesjährige Schützen- und Volksfest erreichte gestern ...

6. Juni. (Goldenes Meisterjubiläum.) Gestern begann der Stellmachermeister Herr Wilhelm Golder ...

6. Juni. (Ein Weihnachtsgelächter.) Durch einen plötzlichen Anfall ...

6. Juni. (Der 24. Verbandstag des Mitteldeutschen Verbandes evangelischer Nationaler Arbeiter ...)

6. Juni. (Neue Verbindungsstraße.) Die große Verbindungsstraße zwischen ...

6. Juni. (Die Feuererschaltung der Bahnhofsstraßen.) Freitag mittag fand im Eisenbahndirektionsgebäude ...

6. Juni. (Ein Vermächtnis, das teils h.) Uns wird berichtet: Ein Vermächtnis, dessen großen ...

6. Juni. (Die Bauern der Zementfabrik.) Nachdem auf dem benachbarten Gute ...

6. Juni. (Is Leiche aus der Saale gezogen.) Der seit einigen Tagen vermiste Maurermeister ...

6. Juni. (Ein Schachspiel zum Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Gerichtsverhandlungen.) In jenem Prozeß gegen Dr. Hoffing und den Schriftsteller ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

trittfert, ihnen mangelnde Robuste und Verhehungen des ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

Bahnchronik. Die Theateröffnung der Werkbund-Ausstellung in ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

6. Juni. (Der Fall Sudermann-Prozeß.) Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Schachspiel ...

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der ...

Letzte Depeschen.

Die Besoldungsnovelle angenommen. Berlin, 8. Juni.

Keine deutsche Anleihe für Bulgarien. Berlin, 8. Juni.

Mit dem Pferde getötet. Brünn, 8. Juni.

Besserung beim Grobzerzog von Greifisch-Ruhdorf. Berlin, 8. Juni.

Die Tampico-Blockade aufgehoben. Mexiko, 8. Juni.

Die Blockade von Tampico. Harpers, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Ein Besuch Kaiser Wilhelms in Marienbad. Vom ...

Der Schoner „Speran“ aus Kwidzyn, Kapitän N. Nielsen, ...

Oberflächlicher Wetterdienst. Dienststelle Z I m e n a u.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Wetterkurz. Karlsruhe, 8. Juni.

Berliner Börse, 8. Juni 1914

Main table of stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Eisenbahn-Stamm-Aktien', 'Deutsche Eisenbahn-Pfandbriefe', 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Berliner Brauereien'.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional publication information.